

Die Tatsachen sind massgebend

Abgesehen von bösartigen Unterstellungen und Gehässigkeiten an die Adresse von Nein-Sympathisanten betreibt Herr Risi bewusst und systematisch Irreführung der Leserschaft.

Irreführend verniedlicht Herr Risi die geplanten Hochhäuser und deren Wirkung. Tatsache ist aber, dass sie das vierfache Volumen des heutigen Schwesternhauses hätten und von überall her gesehen überaus klotzig wirken würden.

Irreführend behauptet Herr Risi, dass die Hochhäuser das Seeufer in keiner Art und Weise tangieren. Tatsache ist aber, dass diese weniger als 100 Meter vom Wasser entfernt stünden und zum Beispiel in Zürich aus Gründen des Seeuferschutzes nicht bewilligt würden.

Irreführend beanstandet Herr Risi den Hinweis auf den Luxuscharakter des Projektes. Tatsache ist aber, dass Wohnungen, Seniorenresidenz und Fünfsternehotel zur höchsten Preiskategorie gehören und nur für eine kleine, privilegierte Kundschaft in Frage kommen. Ist das nicht Luxus? Tatsache ist ferner, dass demgegenüber ein zusätzlicher Nutzen für die Öffentlichkeit praktisch inexistent ist.

«Chance für die Öffentlichkeit»

Irreführend weist Herr Risi auf die Millionen hin, welche der Kanton durch den Verkauf an das Belvedere-Konsortium erlösen würde. Tatsache ist aber, dass sich ein ähnlicher Erlös für den Kanton auch durch den Verkauf an die Stadt erzielen liesse. Die Stadt hätte damit eine nicht wiederkehrende Chance, für sich und die Öffentlichkeit dieses Areal an einzigartiger Lage als wertvolle und wertvermehrnde Landreserve für künftige Vorhaben zu sichern. Das - und nicht die kommerzielle Überbauung, wie Herr Risi meint - wäre tatsächlich ein Schritt zu einer besseren Stadt Zug.

Einen Höhepunkt der Irreführung erreicht Herr Risi mit der Behauptung das Nein-Komitee handle undemokratisch und gegen geltendes Recht! Allgemein bekannte Tatsache ist, dass das Ergreifen eines Referendums gegen behördliche Erlasse zu den Grundrechten jedes Schweizers gehört.

Irreführend und verleumtend wirft Herr Risi Mitgliedern des Nein-Komitees vor, nur aus Eigennutz zu handeln, weil einige in Spitalnähe wohnen. Tatsache ist aber, dass, wer direkt tangiert wird, das demokratische Recht und auch die Pflicht hat, Aspekte eines Projekts, die die Allgemeinheit betreffen, kritisch zu beurteilen und sich entscheidend zu engagieren. Ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, wie es Herr Risi tut, ist hinterhältig und unakzeptabel.

Wie steht es eigentlich mit den Ereignissen von Herrn Risi selbst? Die Baulobby lässt grüßen! Das sind die Tatsachen und deshalb: Nein zum Bebauungsplan.

Walter A. Krähenbühl, Für das Referendumskomitee Belvedere Nein: Zug